



DIE GRÜNEN



***Politischer
Tätigkeitsbericht***

Abg. z. NR
DI Wolfgang Pirkhuber

XXI. GP des Nationalrates

29. 10. 1999 – 20. 9. 2002

Vorwort



Liebe Grüne FreundInnen,

1998 hatte ich mich auf Grund meiner damaligen beruflichen Tätigkeit als Agrarökologe, Biobauer und Interessensvertreter entschieden für die Grünen Oberösterreich als politischer Mandatar zur Verfügung zu stehen.

In meiner Arbeit war ich immer wieder an die Barrieren und Hindernisse der etablierten konventionellen Agrar- und Lebensmittelpolitik gestossen und konnte die politischen Ausreden von Beamten, Ministerien und Landwirtschaftskammern nicht mehr akzeptieren. Ich wollte Grüne Zukunftsstrategien vorwärtsbringen. Die hohe Zustimmung auf der Landesversammlung bei den KandidatInnen-Wahlen 1998 gab mir Mut und durch die Unterstützung des erweiterten Landesvorstandes rückte ich auf den 2. OÖ-Listenplatz auf. Gemeinsam haben wir dann den Wahlerfolg 1999 erkämpft.

Dieses hohe Maß an Vertrauen und Zustimmung waren für mich ein besonderer Ansporn für meine parlamentarische Arbeit. Es war mir bewußt, daß ich zuallererst auch eine Umstellungs- und Einarbeitungsphase brauchen würde, um die entsprechenden Usancen, parteiinternen Entscheidungsmechanismen und parlamentarischen Gepflogenheiten kennenzulernen. Mit Unterstützung der Grünen Mitarbeiterinnen und der KollegInnen ist dies auch rasch geschehen.

Meine Themen für die ich im 1999er-Wahlkampf einstand bestanden neben allgemeinpolitischen Ansagen für eine demokratische und ökologische Weiterentwicklung der österreichischen Wirtschaft und Gesellschaft vor allem in drei konkreten Forderungen:

- * Sicherung einer gentechnikfreien Landwirtschaft
- * Ausbau des biologischen Landbaus
- * Stärkung der regionalen Demokratie

Für mich selbst stellt der vorliegende Rechenschaftsbericht eine notwendige Evaluierung und Standortbestimmung dar. Was konnten wir gemeinsam umsetzen? Was konnten wir zum Besseren wenden? Wo haben wir erfolgreich gegen Blau-Schwarz Widerstand geleistet? Die Gliederung des Berichtes erfolgt nicht chronologisch, sondern themenbezogen und gibt immer wieder Hinweise auf politische Zusammenhänge und Ereignisse. Der Bericht ist selbstverständlich nur ein Ausschnitt meiner bisherigen Aktivitäten und soll vor allem einen Überblick geben und als Orientierungshilfe und Wegmarke für unseren weiteren Projekte dienen.

Ganz besonders möchte ich an dieser Stelle meinen MitarbeiterInnen im Parlamentsklub, Mag. Katharina Fatzi, Referentin für Landwirtschaft, Tierschutz und Entwicklungspolitik und Charlotte Ullah (Büro) aber auch den anderen ReferentInnen des Ökoteams (Dr. M. Meyer, Mag. O. Korschil, Mag. R. Gschöpf, sowie , Mag. C. Khazen) und dem Grünen Presseteam für Informationen, Anregungen und Kritik danken, ohne die meine Arbeit nicht möglich gewesen wäre.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Wolfgang Pirkhuber'.

Wolfgang Pirkhuber

Kleinort, im September 2002

Politische Arbeit in Ausschüssen und Plenum

Als Abgeordneter im Ökoteam des Grünen Parlamentsklubs übernahm ich schwerpunktmäßig Aufgaben im Bereich Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. Ich wurde als Mitglied in den Landwirtschafts- und Umweltausschuss und als Ersatzmitglied in den Budget-, EU- und Temelin-Unterausschuß nominiert. Fallweise nahm ich auch an Sitzungen des Gesundheits-, Petitionen- und Sozialausschusses teil, um Anträge von mir zu argumentieren oder KollegInnen zu vertreten. Seit 1999 habe ich im Plenum des Nationalrates 79 Reden gehalten. Davon entfielen auf einzelne Themenbereiche:

Umweltrelevante Fragestellungen

	Reden
Bundesforste / Forstgesetz / Mountainbiking	6
Gewässerschutzbericht 1999	1
Klimaschutz / Kyoto-Protokoll / Ökosteuer	3
Temelin / Temelin-Volksbegehren	2
Umweltförderung / Umweltverträglichkeitsprüf.	3

Landwirtschaftsthemen

Agrarrechtsänderungsgesetz 2000 und 2002	4
Biolandbau / Budget 2000 / 2001 / 2002	14
Grüner Bericht LW 1998 und 1999	4
Rechnungshofbericht 1998 und 1999	3
Sozialversicherung der Bauern / Direktvermarktung	4



7. November 2001:
WTO-Veranstaltung
der Grünen im
Parlament

Konsumentenschutz und Lebensmittelqualität

Agentur f. Ernährungssicherheit / Pestizide / AMA	6
BSE-Skandal / Tiermehl / Tiertransport	9
Bundestierschutzgesetz	2
Gentechnik / Genmais / Sortenschutz	4
Tierärzte-Ges./Veterinärmed. BA/Tierarzneimittel	5

Weitere Themen

Entwicklungspolitisch relevante Gesetze	4
Programm ländliche Entwicklung	1
Diverse sonstige Reden	4

Im folgenden sind die wichtigsten Projekte an denen ich während der letzten 3 Jahre gearbeitet habe kurz vorgestellt. Die Aktivitäten, die wir entfaltet haben werden beschrieben, Zwischenergebnisse, Etappenziele und Erfolge dargestellt.

Gentechnikfreie Zone Österreich – Gentechnikfreie Lebensmittel

Das Gentechnik-Volksbegehren von 1998, das 1,2 Mio. ÖsterreicherInnen unterschrieben haben, war die Initialzündung für die Stärkung der Anti-Gentechnik-Bewegung in ganz Europa und bewirkte unter anderem auch dass einige EU-Mitgliedsländer, darunter Frankreich, Österreich und Dänemark sich für ein de-facto-Moratorium über den Anbau von gentechnisch-verändertem Saatgut aussprachen und damit eine knappe Mehrheit im EU-Rat erzielten. Die Skepsis der europäischen Bevölkerung in Sachen Gentechnik & Lebensmittel ist seitdem weiter gewachsen.

Wir Grünen haben bisher durch eine koordinierte Vorgangsweise auf europäischer und nationaler Ebene viel dazu beigetragen, daß diese Entwicklung nicht mit der von der Industrie gewünschten Geschwindigkeit, noch in die von diesen Kreisen intendierte Richtung, gelenkt werden konnte.

Meine konkreten Aktivitäten im Überblick:

1) Öffentliche Diskussionsveranstaltungen (siehe Veranstaltungen S. 13f)

- * Diskussionsveranstaltungen in Linz (Plattform "Gentechnik & Wir")
- * Abhaltung des Symposiums "Biolandbau und Gentechnik", Wien, 2000
- * Enquete der Volksanwaltschaft Wien, 2002
- u.a.



2) Anfragen an die Minister Molterer und Haupt und Besprechung im Plenum:

2000 hat der EU-Agrarministerrat einen Saatgut-Aktionsplan beschlossen, wodurch es erstmalig zu vermehrten Untersuchungen von Saatgut auf gentechnische Verunreinigungen kam. In einer Reihe von Anfragen ab dem Jahr 1999 / 2000 wurden daher von uns immer wieder die Ergebnisse der Saatgut-Gentechnik-Untersuchungen der Bundesanstalten abgefragt. Besonders erfolgreich waren die Anfragen, als auf Grund des öffentlichen Drucks das erste Mal vom "Datenschutz für die Konzerne" abgegangen wurde. Durch die Untersuchungen von Greenpeace und unsere parlamentarischen Anfragenserien war Bundesminister Molterer gezwungen, endlich zuzugeben, welche Sorten und welche Partien von GVO-Verunreinigungen betroffen waren. Da die Zuständigkeit zu diesem Zeitpunkt gemäß Gentechnikgesetz teilweise bei Bundesminister Haupt lag, wurde durch die Anfragebeantwortung sichtbar, daß Minister Haupt schon seit längerem von den Verunreinigungen gewußt haben mußte und nichts getan hatte. Diese Anfragebeantwortung war die inhaltliche Voraussetzung für die Sachverhaltsdarstellung (siehe 3)

Siehe auch Homepage des Parlamentes (www.parlament.gv.at) und der Grünen: (www.gruene.at)

3) Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft gemeinsam mit Rudi Anschober

Siehe unter www.gruene.at – unter THEMEN – Suchbegriff: Gentechnik

4) Saatgut-Gentechnik-Verordnung von BM Molterer – Ein Etappensieg

Im Zuge des Kompetenz-Wirr-Warrs über die Zuständigkeit in Sachen gentechnisch verunreinigtes Saatgut (für Saatgut BM Molterer, Freisetzung von GVO-Sorten BM Haupt, Anbau von landw. Kulturpflanzen der jeweilige Landeshauptmann/frau) riss BM Molterer die Kompetenzen für die Regelung von Saatgutverunreinigungen mit gentechnisch-veränderten Sorten an sich

und legte den Entwurf einer Saatgut-Gentechnik-Verordnung vor. Unsere Kritik in Ausschüssen und Plenum bewirkte zusammen mit dem Druck der NGOs und der eingelangten Stellungnahmen, daß der hohe Grenzwert von 0,5 %, wie er im Erstentwurf vorgesehen war, fiel. Ebenso wurde die vorgesehene Unterscheidung zwischen Bio- und Normalsaatgut aufgehoben. Als Abgeordneter habe ich von Beginn an versucht, das Konzept der "Null-Toleranz" plausibel zu erklären und in der Öffentlichkeit zu vertreten. Molterer hat dies lange Zeit als unrealistisch abqualifiziert, bis er schließlich einen Schwenk vollzog und selbst das Ministerium in APA - Aussendungen davon sprach, daß in Österreich die Nulltoleranz bei Saatgut gelten müsse. Alle Saatgut-Firmen müssen nun auch bei Saatgut-Importen die grundsätzliche GVO-Freiheit nachweisen (Zertifikate). Alleine bei Überprüfungen von abgesackter Ware gilt eine Toleranz von 0,1 %. Immerhin sind seit Inkrafttreten der Verordnung keine Verunreinigungen mehr nachgewiesen worden (lt. Anfragebeantwortung Gentechnik-Saatgut III, Sept. 2002!)

5) 4-Parteien-Antrag "Gentechnikfreie Zone Österreich" im Parlament

Im Rahmen der Etablierung der Saatgut-Gentechnik-VO im Jänner 2002 forderte ich die Schaffung einer gentechnikfreien Zone Österreich. Vor allem die ÖVP argumentierte immer wieder damit, daß mit der Gentechnik-Saatgut-Verordnung ja alles bereits geregelt sei und man daher keinen weiteren Handlungsbedarf sehe. Meine Argumentation bestand darin, die Standortvorteile für eine deklariert und kontrolliert gentechnikfreie Zone könne nur dann wirklich genutzt werden, wenn Österreich sich auch offen dazu bekennt und weiterreichende Kontroll-Maßnahmen trifft.

In diesem Zusammenhang waren mehrere Anträge von uns eingebracht worden, die vor allem die FPÖ unter Zugzwang brachten, da einige ihrer LandespolitikerInnen sich offen für ein Gentechnik-freies Österreich ausgesprochen hatten. Auf meine Initiative hin kam es im Vorfeld einer parlamentarischen Debatte zu diesem Thema zu einem 4-Parteien-Gespräch zwischen den LandwirtschaftsvertreterInnen der Fraktionen. Zum Teil wurde um einzelne Worte gefeilscht, der ÖVP-Abgeordnete stieß sich am Begriff der Zone, worauf nun in dem beschlossenen Antrag statt Zone "Regionen" steht. Jedenfalls müssen lt. Entschliessungsantrag die rechtlichen Möglichkeiten zur Einrichtung von gentechnikfreien Regionen geprüft und die Ergebnisse vorgelegt werden.

6) Unterstützung der Länder-Ebene zur Schaffung GVO-freier Gebiete

Parallel zum Antrag im Parlament habe ich in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Landtagen - insbesondere mit dem Burgenland, die den Grünen Antrag direkt übernommen hatten, das Thema weiter auf Länderebene vorangetrieben. Vor allem die spezifische Konstellation im Burgenland (SPÖ und Grüne haben Mehrheit) führte dazu, daß der Grüne Antrag die Mehrheit erhielt und damit das Burgenland sich als erste Region Österreichs zur gentechnikfreien Zone erklärte. Mit unterschiedlichen Erklärungen und Konzepten folgten die Bundesländer Oberösterreich, teilweise Kärnten und Salzburg. In der Folge wird die Klärung der juristischen Umsetzung in einzelnen Arbeitsgruppen auf Länderebene erfolgen.

7) Europäische Strategie für eine gentechnikfreie Landwirtschaft

Das Konzept Gentechnikfreier Zonen wurde erstmalig von der Bundesanstalt für Bergbauernfragen im Zusammenhang mit dem Schutz von Naturschutzgebieten und dem Schutz der ökologisch-sensiblen Regionen der Alpen (www.bergbauern.com) entwickelt und zur Diskussion gestellt. Im Rahmen des intensiven Informations- und Erfahrungsaustausches der Grünen (siehe europäisches Agrar-Netzwerk der Grünen) habe ich dieses Konzept stärker bekannt gemacht und in diesen Gremien offensiv vertreten.

→ → Herausforderungen für die Zukunft

Die Gentech-Multis werden nicht lockerlassen. So wurde auf EU-Ebene eine Life-Science-ExpertInnengruppe eingerichtet, die ein Strategiepapier im Auftrag der EU-Kommission ausarbeitete, das den weiteren Vormarsch der Gentechnik-Forschung in Europa beschleunigen soll, damit Projekte der Gentechnik-Industrie verstärkt umgesetzt werden können. Die drohende Aufgabe des aktuellen Gentechnik-Moratoriums mit Oktober 2002 und die mögliche Verwässerung bei den Grenzwerten im Saatgutbereich erfordern eine rasche Verankerung der Gentechnikfreien Zone Österreich mit begleitenden Schutzmaßnahmen.

Bio-Landbau und umweltgerechte Landwirtschaft

Biologischer Landbau, gesunde Lebensmittel und regionale Versorgung sind grüne Kernthemen, die seit Jahren den Grünen zugeschrieben werden. Die Entwicklungen im Biolandbau in Österreich seit dem EU-Beitritt 1995 waren gekennzeichnet durch einen raschen Anstieg auf 20000 Betriebe und einen dynamisch wachsenden Markt. In der Folge wurden jedoch die notwendigen Maßnahmen zur Professionalisierung und zum konsequenten Ausbau nicht gesetzt, wodurch der Biolandbau unter BM Molterer in die Stagnation und Krise geriet. Wesentliche Verbesserungen in der Landwirtschaft im Hinblick auf Tier- und Umweltschutz wurden versäumt, ja sogar massive Verschlechterungen von ÖVP und FPÖ beschlossen (siehe dazu auch ÖVP-Sündenregister auf: www.gruene.at unter THEMEN – Stichwort: Bio-Aktionsplan)

1) Bildung eines Agrar-Umwelt-Netzwerkes als Kommunikationsdrehscheibe

"Agrar-Umwelt-Netzwerk" als Arbeitstitel, wurde von mir gewählt, um die Kommunikation mit den interessierten Kreisen und NGOs kontinuierlich und im gegenseitigen Austausch zu verbessern und wo möglich gemeinsame Umsetzungsstrategien zu erarbeiten. Im Rahmen dieser Treffen, die wir im Parlament in Ausschusslokalen einberufen haben und die zu einem Informationsaustausch über aktuelle Entwicklungen, anstehende Entscheidungen und wichtige Events gedient haben, wurden auch externe ReferentInnen beigezogen. Es haben 4 Treffen stattgefunden. Unter anderen standen folgende Themen auf der Tagesordnung:

- * Ländliche Entwicklung, Verkauf der Bundesforste,
- * ÖPUL 2000, AMA, BSE- und Schweinemast-Skandal
- * Gentechnik, Pestizide, Biolandbau, u.a.

2) Entschließungsantrag 1999 zur Schaffung eines Bio-Aktionsplanes

Wir Grünen waren die erste Partei, die auf den drohenden Rückgang der Zahl biologisch-wirtschaftender Betriebe reagierten. Durch einen Bio-Aktionsplan sollte die Weiterentwicklung und der Ausbau des Biolandbaus vorangetrieben werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der FPÖ und ÖVP im März 2000 abgelehnt. Molterer hat dann aber sehr wohl einen Bio-Aktionsplan im Herbst 2001 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Siehe unter Entschließungsanträge von Abgeordneten auf der Homepage des Parlamentes:
www.parlament.gv.at – Aktionsprogramm für den biologischen Landbau (29/A(E))

3) Enquete zum Thema "Biolandbau Quo vadis" 2000 im Parlament

In den Jahren 1999 und 2000 kam es zu einem beträchtlichen Ausstieg von etwa 1500 landwirtschaftlichen Betrieben aus dem Biolandbau. Wir Grünen haben wesentlich dazu beigetragen, dass dies in der Öffentlichkeit bekannt und diskutiert wurde. Auf der Fachenquete, die wir organisierten, kamen PraktikerInnen und WissenschaftlerInnen zu Wort, die die Hintergründe analysierten und Maßnahmen vorschlugen.

Hintergrundpapier dazu siehe unter:
www.gruene.at unter THEMEN, Stichwort: Biolandbau

4) Antrag auf Einrichtung einer Bio-Agentur

Die Werbelinie der Agrarmarkt Austria war immer wieder unter Beschuß geraten, da das Bio-Image von Weidekühen und



Demonstration von AMA-Willkür betroffener Bauern



21. März 2002: Übergabe der Saatgut-Gentechnik-Petition an NR-Präsident Fischer durch Wolfgang Pirkhuber und Karl Gutenbrunner

Freilandhühnern mißbraucht wurde, um konventionelle Produkte unter dem AMA-Gütesiegel zu forcieren. Die Marketing-Gelder für den Biolandbau waren deutlich zu gering und wurden auch wenig effizient eingesetzt. Mit diesem Antrag sollte endlich eine eigene Stelle geschaffen werden, um ein konzentriertes Bio-Marketing für den gesamtösterreichischen Biolandbau abzuwickeln und "Bio made in Austria" so zu einem international bekannten Markenzeichen zu machen (Dieser Entschließungsantrag wurde mit den Stimmen von FPÖ und ÖVP im Juli 2000 leider abgelehnt).

Siehe dazu auch [Homepage Parlament a.a.O.: AMA \(Agrarmarkt Austria\)-Gesetz, Änderung \(78/A\(E\)\)](#).

5) **Massiver Protest gegen die Kürzungen des Bio-Budgets 2001 und 2002**

Trotz diverser Sparmaßnahmen im Agrarbudget konnte im Jahr 2000 die Reduzierung des ohnehin geringen Bio-Budgets für die Verbände des biologischen Landbaus (knapp 14 Mio. öS Bundesmittel) noch verhindert werden. Im Budget 2001 und 2002 wurde dieses Budget um mehr als 20 % auf 11 Mio. öS reduziert, während die Agrarmarkt Austria um 40 Mio. öS mehr an Mitteln erhielt. In zahlreichen Reden und Auftritten habe ich diese unglaubliche Vorgangsweise eines Umwelt-Ministers massiv kritisiert (Radio-Interviews, ORF, Div. Medien).

6) **Erarbeitung eines Grünen Bio-Aktionsplanes**

Als Antwort auf den völlig unzureichenden und in finanzieller Hinsicht substanzlosen Aktionsplan von Bundesminister Molterer haben die Grünen ein eigenes Konzept entwickelt, welches eine klare Prioritätensetzung für den biologischen Landbau vorsieht. Ziel des Grünen Aktionsplanes ist es den Biolandbau in Österreich massiv auszuweiten.

Siehe [Homepage www.gruene.at](http://www.gruene.at) unter dem Stichwort "Bio-Aktionsplan"

7) **Vorträge zum Biolandbau (siehe Seite 13f)**

- * Bio statt Burger, Aschach a. d. Steyr, OÖ.
- * Diverse Vorträge auf Landesversammlungen der Grünen
- * Diverse Enqueten und Veranstaltungen bei Gemeindegruppen in verschiedenen Bundesländern

8) **Praktische Erfolge gegen geplante Agrarfabriken**

Bereits im Herbst 1999 und in der Folge im Frühjahr 2000 habe ich auf Einladung einer Grünen Basis-Initiative im Burgenland mehrere Male an Diskussionen und Veranstaltungen Vor-Ort in der Gemeinde Drassmarkt teilgenommen. Gemeinsam mit der Bürger-Initiative ist es uns gelungen das geplante Projekt von einem Gemeinschafts-Schweinestall mit 20000 Mastplätzen zu verhindern. Vielleicht war dies auch ein kleiner Beitrag zum burgenländischen Landtagswahl-Erfolg im Dezember 2000.



6. März 2002: Grüne Bauern bei der Anti-Gentechnik-Enquete in Linz: Martin Tragler, Roman Liebhart, Wolfgang Pirkhuber, Michael Johann, Hans-Peter Riedmann, Karl Gutenbrunner (von links nach rechts)

Agrarskandale, Forstgesetz, KonsumentInnenschutz

Im Rahmen der politischen Arbeit konnten wir etliche Regierungsvorlagen wesentlich abschwächen oder einzelne Skandale thematisieren. In der Regel haben wir diese Themen als Grünes Team aufgearbeitet, wobei es zu unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen kam. Sehr eng habe ich immer mit Gabi Moser kooperiert, aber auch mit Madeleine Petrovic und Eva Glawischnig. Von besonderer Bedeutung waren in diesem Zusammenhang folgende Themen:

1) BSE-Krise in Europa und Österreich

Der europäische BSE-Skandal ist von uns Grünen durch einen dringlichen Antrag im Dezember 2000 in Österreich thematisiert worden. In der Folge gab es einen kontinuierlichen Schlagabtausch mit der ÖVP, die wegleugnen wollte, daß auch für Österreich eine Gefahr bestehe. Durch massiven Druck der Öffentlichkeit wurden schließlich aber doch rasch BSE-Untersuchungen eingeführt. Dadurch wurde im Dezember 2001 der erste österreichische BSE-Fall entdeckt. (Anträge und Anfragen siehe [Homepage des Parlamentes: www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)).

2) Der österreichische Schweinemastskandal

Im Kontext des BSE-Skandals flog schließlich der Tierarzneimittel-Skandal auf. Die ÖVP-Vertreter versuchten neuerlich jeden Zusammenhang mit fehlenden politischen Rahmenbedingungen und einer fehlgeleiteten Agrarpolitik zu leugnen. ÖVP-Landesrat Pörtl aus der Steiermark hat die Bäuerinnen und Bauern sogar durch eine öffentlichen Stellungnahme vorgewarnt. Im Rahmen der heftigen parlamentarischen Auseinandersetzungen um die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses kam ich zu folgender Feststellung:



"Wenn Sie nicht bereit sind, dieses Kartell und diese geschlossene Anstalt in einem Untersuchungsausschuss zu diskutieren, meine Damen und Herren, dann decken Sie illegale Praktiken! Das muss ich Ihnen von diesem Podium aus noch einmal klar und deutlich sagen. (Beifall bei den Grünen.) Abschließend – und das schlägt wohl wirklich alles –: Heute ist im "Kurier" eine "großartige" AMA-Annonce erschienen. (Der Redner hält eine Zeitungsseite in die Höhe.) Was soll das – jetzt, nachdem klar geworden ist, dass auch ein AMA-Betrieb illegal Medikamente eingesetzt hat?! Das ist wirklich nicht das Signal, das wir Grüne erwarten. Das ist wirklich nicht die entscheidende Sache, jetzt Inserate zu schalten. Besser wäre es, den Schweinestall Österreich auszumisten, meine Damen und Herren!"

Dafür erhielt ich einen Ordnungsruf von Nationalratspräsident Fischer. Obwohl sich meine Rede selbstverständlich auf die Schweineställe und nicht auf Österreich bezog, wurde diese Redewendung seitens der FPÖ wiederholt missinterpretiert. Zehn Monate später hat jedoch Bundesminister Haupt dieselbe Formulierung verwendet, um ein Tierarzneimittelkontrollgesetz anzukündigen (Krone, Dez. 2001).

3) Diverse Futtermittelskandale

Im Zusammenhang mit der BSE-Frage wurde auch klar, daß trotz des Tiermehlverfütterungsverbot für Rinder, das in Österreich seit 1990 galt, Futtermittel für Rinder nicht unwesentlich mit Tiermehl verunreinigt waren. Dies wurde durch Anfragebeantwortungen, die ich an BM Haupt gestellt habe bestätigt. Weitere Futtermittelskandale bis hin zum Nitrofen-Skandal bestätigen die Kritik der Grünen an unzureichenden Deklarationspflichten für Futtermittel. Eine wesentliche Verbesserung hinsichtlich einer verpflichtend offenen Kennzeichnung von Futtermitteln konnte durch die Initiative der Grünen Fraktion im Europaparlament erreicht werden.

4) Schaffung der Agentur für Ernährungssicherheit

In der Folge der Lebensmittel-Skandale wurde im Parlament eine Enquete für mehr Lebensmittelsicherheit abgehalten. Minister Molterer hatte die Absicht, die ganze Lebensmittelkontrolle so weit als möglich zu vereinnahmen und auszugliedern. Durch den massiven Widerstand der Grünen konnte zwar die Ausgliederung nicht verhindert werden, wesentliche Kontrollbefugnisse verblieben jedoch im hoheitlichen Bereich des Sozialministers, der in persönlichen Gesprächen die Kritik der Grünen in einigen Aspekten teilte.

Siehe dazu unsere abweichende Stellungnahme:
www.gruene.at - unter THEMEN - Suchbegriff: Ernährungssicherheit



5) Novelle des Sortenschutzgesetzes

Durch eine Novelle des Sortenschutzgesetzes kam es zu einer massiven Einschränkung der Rechte der Bäuerinnen und Bauern. Ihr traditionelles Recht, Saatgut für den eigenen Gebrauch aufzubewahren, zu nützen und auszutauschen, wurde damit drastisch eingeschränkt.

Meine abweichende persönliche Stellungnahme siehe:
www.gruene.at - Unter THEMEN - Stichwort: Sortenschutz

6) Geplanter Ausverkauf der österr. Bundesforste (ÖBF-AG)

Ursprünglich sah die Regierungsvorlage zur Änderung des Bundesforstgesetzes vor, daß die ÖBF AG die Erlöse von Waldverkäufen in der Höhe von 2 Mrd. öS an den Finanzminister abliefern müsse. Auf Grund der eingelangten Stellungnahmen und unserer Recherchen konnten wir zeigen, daß für eine solche Vorgangsweise eine Verfassungsmehrheit notwendig wäre, da die Substanzerhaltungspflicht bei der Ausgliederung der Bundesforste 1996 im Gesetz als 2/3-Bestimmung verankert wurde. In der Folge wurde von BM Molterer der Deal "Wald gegen Seen" erfunden und 11 österreichische Seen gingen ins Eigentum der ÖBF AG über. Aus den ursprünglich geplanten Verkäufen von 30 - 50 000 Hektar Wald wurden schlußendlich ca. 10 000 Hektar. Der Gegenwert der Seen betrug ca. 800 Mill. öS.

Am Ende befinden sich die Seen wieder im Eigentum der Republik, jedoch nicht mehr unter der Verwaltung der Bundesländer, sondern der ÖBF AG. (Siehe unsere Aktionen).



7) Liberalisierung des Forstgesetzes

Im Rahmen einer umfassenden Deregulierungsstrategie wurden wesentliche Bestimmungen des bisher strengen österreichischen Forstgesetzes aufgeweicht, ja ins Gegenteil verkehrt. So wurde z.B. eine erleichterte Rodungsbestimmung für Flächen bis 1000 m2 (Bauparzellengröße!) eingereicht. Die Bestellpflicht für forstliches Fachpersonal wurde grundlegend verändert, sodaß die ständige fachliche Betreuung und Pflege des Waldes in Hinkunft gefährdet ist.

Siehe abweichende persönliche Stellungnahme:
www.gruene.at - unter THEMEN - Suchbegriff: Forstgesetz



7. November 2000: Bundesforste-Aktion vor dem Parlament "Gegen den Ausverkauf des Waldes und der Seen"

Siedlungswasserwirtschaft, Abwasserentsorgung



Weniger düngen, nicht nur freiwillig

Foto: W. Huber

Grüne wollen „Zwang“ für Grundwasserschutz

LENZ. Das von Landeshauptmann Josef Pühringer (VP) und Wasserrechtslandesrat Hans Achatz (FP) gelobte freiwillige Grundwasser-Säurelastungsprogramm reicht den Grünen nicht. Sie fordern einmal mehr Zwangsmaßnahmen.

Mit dem Programm „Grundwasser 2000 Neir“ werden Düngungs- und Nutzungsbeschränkungen zur Wasserentlastung gefördert. Landwirte, die insgesamt 85 Prozent der Nutzfläche in den betroffenen Gebieten bewirtschaften, beteiligen sich an dem - freiwilligen - Programm. Das sei zwar grundsätzlich zu unterstützen, aber zu wenig, sagt Grünen-Agrarsprecher Wolfgang Pirkhuber. Die Beteiligung unterschreite auch die Erwartungen. Ein nur auf Freiwilligkeit begründetes Programm sei nach „ungerecht gegenüber jenen, die sich ein-

schränken“. Für die ausgewiesenen mit Schadstoffen belasteten Gebiete, Hauptproblembereich sei die Traun-Enns-Platte, müsse es Nutzungsbeschränkungen als Pflicht geben.

Dabei kritisieren die Grünen sowohl Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer als auch Wasserrechtslandesrat Hans Achatz. Für verpflichtende Schutzmaßnahmen besuche er die Verordnung durch den Minister, auf die man, so Pirkhuber, seit zehn Jahren warte. Achatz wiederum beruft sich in einer Anfragebeantwortung darauf, dass er auf die Verordnung angewiesen sei. „Ohne Druck zu machen“, so die Grünen.

Ihre Forderung unterstützen sie damit, dass bei der Grundwasserqualität zwar die „Negativentwicklung gestoppt, aber keine Verbesserung eingetreten ist“, vor allem in den hochbelasteten Gebieten.

Seit 1999 bin ich als Vertreter der Grünen in der Kommission für Siedlungswasserwirtschaft nominiert. Diese Kommission vergibt Investitions-, Zinsen- und Anuitätzuschüsse für Projekte im Bereich der Abwasser-Entsorgung und der Wasserversorgung. Der jährliche Fördervolumen beträgt etwa 337 000 Euro (4,6 Mrd. öS) womit ein Investitionsvolumen von ca. 1,1 Mrd. Euro (14,5 Mrd. öS) ausgelöst wird. Die Fördermittel aus dem Budget des zuständigen BMLFUW betragen zwischen 2,5 und 3,5 Mrd. öS. Die Vergabe der Fördermittel erfolgt gemäß Umweltförderungsgesetz. Für die Beurteilung der Projekte wurden nach langer Vorlaufzeit technische Richtlinien erlassen, für die Berechnung und formale Beurteilung der eingereichten Projekte hat das BMLFUW eine Umweltförderungsrichtlinie erlassen.

(Weitere Infos siehe: www.kommunalkredit.at).

Die Kommission wird aus den zuständigen Landesräten der Bundesländer, VertreterInnen des Gemeinde- und Städtebundes und der Fraktionen des Parlamentes, sowie den Vertretern der österreichischen Kommunalkredit AG gebildet. Den Vorsitz führte zuletzt der Tiroler Landesrat Ferdinand Eberle.

Die Grünen bemühen sich seit Beschlußfassung des Umweltförderungsgesetzes 1993, um eine effiziente, zweckmäßige und kostensparende Vergabe der Fördermittel. In verschiedenen Studien konnte nachgewiesen werden, daß das derzeit bestehende System vor allem teuren zentralen Abwasser-Projekten zugute kommt.

Meine Aktivitäten in diesem Bereich bestanden darin, alle Bundesländer umgehend von den zur Förderung vorgelegten Projekten zu informieren (an die 400 je Sitzung) und aus dem Konvolut bestehender Anträge jene herauszufiltern, die besonders deutlich das Versagen des Gesamtsystems sichtbar machten.

Unser Fachexperte Dr. Dusek aus der Steiermark wurde mit der Vorbereitung der Sitzungen beauftragt. Ein Projekt (Oberschlierbach, Gesamt-Investitionskosten ca. 50 Mio. öS) konnte erfolgreich zurückgestellt und damit die Verschwendung von Hunderttausenden Euros von Steuergeldern verhindert werden. Anhand zahlreicher vorwiegend steirischer Projekte konnten die Mängel in der Vollziehung der bestehenden Gesetze dokumentiert werden und fanden in Zusammenarbeit mit Werner Kogler Eingang in Rechnungshofberichte.

→ → Offene Forderungen und kleine Erfolge

Seit Jahren urgieren die Grünen die Novellierung der Förderungsrichtlinien und der technischen Richtlinien. Beides konnte in die Wege geleitet werden, allerdings stossen die meisten unserer Vorschläge immer noch auf Granit. Auch die SPÖ steht in diesen Fragen ausschließlich auf der Seite der Bauwirtschaft und verhindert umweltgerechte dezentrale und kostengünstigere Lösungen für den ländlichen Raum. Im Rahmen der Neufassung der Umweltförderungsrichtlinie des Bundes konnte jedoch auf meinen Vorschlag hin erwirkt werden, daß zumindestens Projekte ab 2000 EGW (Einwohnergleichwerte) einen verbindlichen Planungswettbewerb ausschreiben müssen. Derzeit ist die Überarbeitung der Technischen Richtlinien im Gange. Unsere Reformvorschläge wurden im Herbst 2002 an das zuständige Ministerium weitergeleitet.

EU-Agrar-Netzwerke der Grünen

Seit Beginn meiner parlamentarischen Tätigkeit habe ich mich aktiv am Aufbau eines europäischen Agrar- und Umweltnetzwerkes beteiligt und viele Kontakte und Infos für die Österreichischen und Oberösterreichischen Grünen vermittelt.

- April 2000:** Treffen mit J. Voggenhuber und M. Echerer in Brüssel und Strassburg.
Kontakt mit F.W. Graefe zu Baringdorf (Grüner Agrarpolitiker und Präs. d. Agrarausschusses des EP)
- Juni 2001:** Auf Initiative des deutschen Europasprechers Christian Sterzing kam es zu einem ersten Netzwerk-Treffen der Grünen AgrarpolitikerInnen in Berlin mit Renate Künast, Ulrike Höfken, F.W. Baringdorf, I. Verriest, C. Gira und anderen.
- September 2001:** Einladung zum Sommer-Workshop der deutschen Grünen durch die Bundestagsabgeordnete Ulrike Höfken zum Thema Agrarreform, Berlin
- Oktober 2001:** Agrar-Netzwerk-Treffen in Brüssel (2001): "Mid-Term-Review 2003"
- November 2001:** Referat auf der EFGP (European Federation of Green Parties) in Budapest
"Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)"
- Jänner 2002:** EU-Agrar-Netzwerk-Treffen, Luxemburg: "Agrarreform / GVO-freie Zonen"
- Mai 2002:** EU-Agrar-Netzwerk-Treffen im Rahmen des EFGP-Kongresses, Berlin
- Juni 2002:** Teilnahme an der AgriCultural Convention (siehe www.agriculturalconvention.org)
Mitarbeit in diversen Workshops; - auf meine Initiative wird die Forderung nach der Sicherung einer Gentechnikfreien Landwirtschaft in das Grundsatzpapier integriert.



6. und 7. Juni 2002: "EU-Agricultural Convention – A rural future for the larger Europe", Brüssel



Sonstige Aktivitäten von 1999 bis 2002

1) Grün-Aktivitäten auf Gemeinde-, Bezirks- und Landesebene

Durch kontinuierliche Arbeit ist mir und Wolfgang Mühllechner gelungen ein Grünes Team im Bezirk Kirchdorf aufzubauen und zahlreiche Veranstaltungen in der Region Steyr-Kirchdorf abzuhalten. Inzwischen haben sich auch erste Erfolge eingestellt.

- 2000:** Gründung der Bezirksgruppe Kirchdorf gemeinsam mit W. Mühllechner
- 2001:** Kontinuierliche Mitarbeit im Rahmen der regionalen Aktivitäten
- 2002:** Unterstützung der Gründung der Grünen Gemeindegruppe Kirchdorf

Kontinuierliche Zusammenarbeit mit einzelnen Grünen Bezirks- und Gemeindegruppen. Referent auf Landesversammlungen der Grünen in Vorarlberg, Steiermark, Kärnten und Burgenland. Ebenso auf Veranstaltungen der Grünen Bildungswerkstatt Oberösterreich, Steiermark und des Burgenlandes (siehe Veranstaltungen S. 13 ff)



28. April 2000: Kino-Veranstaltung der Grünen des Bezirk Kirchdorf: Adi Kammerhuber, Helmut Reiter, Wolfgang Pirkhuber, Wolfgang Mühllechner, Wolfgang Bachheimer (v.l.n.r.)

Weitere Aktivitäten:

- * Mitwirkung in verschiedenen politischen Gremien (LV, ELV, EBV u.a.)
- * Wahlkampf-Unterstützung in Wien und im Burgenland
- * Rechnungsprüfer der Grünen OÖ.
- * Erarbeitung von Unterlagen für die Jagd-Enquete in Schlägl, OÖ. gemeinsam mit D. Eisenriegler

2) Mitarbeit im Vorstand der Grünen Bäuerinnen und Bauern (GBB)

- * Mitarbeit am Aufbau der bäuerlichen Teilorganisation der Grünen, seit den LWK-Wahlen 1996,
- * Mitglied des Vorstandes
- * Unterstützung einer Kandidatur der GBB für die NÖ-Landwirtschaftskammerwahlen (2000)
- * Organisatorische, personelle und finanzielle Unterstützung der Kandidatur der GBB unter Spitzenkandidat DI Michael Johann bei den LWK-Wahlen in Kärnten (Nov. 2001)



Vorstandssitzung der GBB: Wolfgang Pirkhuber, Karl Gutenbrunner, Rainer Stangl (von links nach rechts)

Die Kandidaturen haben wesentlich dazu beigetragen, Menschen in Kontakt mit den Grünen zu bringen und dadurch neue MitarbeiterInnen auch für die Gemeinde- oder Landespolitik der Grünen zu gewinnen.

Eine Petition der Grünen Bäuerinnen und Bauern zu "Gentechnikfreiem Saatgut" wurde von mir im Parlament eingebracht und im Petitionenausschuß behandelt. Eine Studie zum Thema "Gesamtökologisierung der Landwirtschaft" durchgeführt von Prof. F. Schneider (Univ. Linz) im Auftrag der GBB wurde gemeinsam in Wien der Öffentlichkeit präsentiert.



Veranstaltungen, Vorträge, Events

Datum	Art der Veranstaltung / Titel	Veranstalter / Ort
1999		
28. 9. 1999	Podiumsdiskussion: "WTO-Millenniumsrunde"	ÖH-Universität Wien, GeWi und GruWi, Wien Diverse ReferentInnen
7. 10. 1999	Podiumsdiskussion: "Gentechnik in der Landwirtschaft – Kommt die Landwirtschaftin Zukunft ohne Gentechnik aus?"	Plattform "Gentechnik & Wir", Linz Diverse ReferentInnen: Wagner (Monsanto), Prof. Ruckebauer (Boku) u.a.
14. 10. 1999	Podiumsdiskussion: "Gentechnik in der Tierzucht – Züchten wir uns I lebende Ersatzteillager?"	Plattform "Gentechnik & Wir", Linz Diverse ReferentInnen: Prof. Mueller (Vet.Med.)
2000		
31. 1. 2000	Podiumsdiskussion: "Von der Landwirtschaft Leben können/wollen/müssen – Bäuerliche Überlebensstrategien in Guatemala und Österreich"	Grüner Klub / FIAN / Grüne Bäuerinnen und Bauern, Parlament, Wien Gemeinsam mit Ulrike Lunacek
26. 2. 2000	Podiumsdiskussion: "Neue Regierung – alte Agrarpolitik – Bauern im Würgegriff der Agrarbürokratie"	Bäuerliches Heimatwerk Gurk, Kärnten Mit den Agrarsprechern aller Fraktionen
28. 2. 2000	Eröffnung der Tagung: "Regional & Direkt – Biovermarktung mit Erfolg"	Österr. Interessengemeinschaft Biolandbau / Ökowitz-Inform., Schlierbach, OÖ.
7. 4. 2000	Referat: "Bio oder Burger? – Die Zukunft unserer Nahrung"	Garstner & Steyrer Grüne, Garsten, OÖ.
3. 5. 2000	Enquete: "Stagniert der biologische Landbau in Österreich? Eine kritische Bestandsaufnahme"	Grüner Klub, Parlament, Wien Diverse ReferentInnen
8. 5. 2000	3. Cafe Politik: "Grüne Oppositionspolitik für ein anderes Österreich"	Die Grünen Salzburg, Cafe Cult/ Künstlerhaus, Salzburg
19. 6. 2000	Enquete: "Biolandbau und Gentechnik – David gegen Monsanto & Co"	Grüner Klub, Parlament, Wien Diverse ReferentInnen
17. 9. 2000	Vortrag: "Bio-Lebensmittel statt Gen-Food – Auswirkungen der mod. Landwirtschaft auf Umwelt und Gesellschaft"	Umweltschutzmesse, Linz
27. 9. 2000	Vortrag: "Energieversorgung durch die Landwirtschaft"	Klimabündniskonferenz NÖ, Wiener Neustadt
15. 11. 2000	Pressebrunch: "Vom Klimafressen und Geniessen"	Vollwertrestaurant Dreiklang Gemeinsam mit Gabriela Moser
16. 11. 2000	Referat: "Grüne und Erneuerbare Energien"	Eurosolar Austria, Wien, Solarstammtisch
2001		
26. 1. 2001	Referat: "Privatisierung der Bundesforste aus kleinbäuerlicher Sicht"	Österr. Bergbauernvereinigung, ÖBV; Linz, Betriebsseminar
5. 2. 2001	Referat: "Grüne Strategien für den Ausstieg aus der industriellen Landwirtschaft"	Grüne OÖ / Grüne Bäuerinnen und Bauern Gemeinsam mit Franz Floss
7. 2. 2001	Podiumsdiskussion: "Biolandwirtschaft: Ausweg aus der BSE-Krise?"	LV Grüne Vorarlberg, Dornbirn mit LT-Abg. Türtscher (ÖVP), G. Gstach (Bio-Verband) u.a.

Datum	Art der Veranstaltung / Titel	Veranstalter / Ort
15. 2. 2001	Podiumsdiskussion: "BSE: Die 'unheimliche' Krankheit und ihre Folgen"	Grüne Akademie – Bildungswerkstatt Steiermark, Graz
28. 2. 2001	Präsentation der Studie: "Gesamtökologisierung – der einzige ökonomische Weg aus der Sinnkrise der Landwirtschaft"	Grüne Bäuerinnen und Bauern, Parlament, Wien
6. 3. 2001	Diskussionsabend: "Gesunde Lebensmittel nach BSE-Skandal und Schweine-Affäre"	Gemeins. mit Karl Gutenbrunner, Obm. GBB Grüne Bezirk Kirchdorf, Grüne OÖ, BBK Kirchdorf
22. 3. 2001	Vortrag: "Eine Totalreform der Landwirtschaft ist notwendig!"	Gemeinsam mit M. Tragler Grüne Eisenerz und GBW Stmk., Eisenerz
24. 3. 2001	Impulsreferat: "Zur aktuellen Krise in der Landwirtschaft"	Landesversammlung der Grünen Steiermark, Graz
8. 4. 2001	Referat und Diskussion: "Tierseuchen und Hormonskandale – Über die Zukunft des Essens"	Bürgerliste Bad Zell, Bürgerliste Tragwein, GH Pleimer, Bad Zell
23. 4. 2001	Podiumsdiskussion: "Chornobyl Lessons: 15 years after"	Botschaft der Ukraine, Wien,
27. 4. 2001	Symposium: "Die Landwirtschaft der Zukunft ist BIO-Logisch"	Die GRÜNEN Burgenland, Eisenstadt Gemeinsam mit J. Vlasich.
14. 5. 2001	Podiumsdiskussion: "Runder Tisch der Agrarsprecher"	Salzburger Bauernliste, Stuhlfelden, Pinzgau, Mit den Agrarsprechern aller Fraktionen
22. 5. 2001	Podiumsdiskussion: "Gentechnik – Gefahren und Chancen"	Saxo-Bavaria, Wien gemeinsam mit Univ. Prof. Heberle Bors und Prof. Winkler
		
		<i>7. März 2001: Lustiges Wahlkampf-Kochen im Gasthaus Konoba, 8. Bezirk (Peter Pilz, Wolfgang Pirkhuber, Eva Glawischnig)</i>
30. 5. 2001	Diskussion: "Lebens – Mittel – Wasser: Wie gehen wir mit unserem wichtigsten Lebensmittel um?"	Grüne OÖ, Grüne Bezirk Kirchdorf, Kremsmünster
5. 6. 2001	Symposium: "Wieviel Landwirtschaft verträgt die Umwelt?"	Die Grünen Burgenland, Eisenstadt Diverse ReferentInnen
11.–12. 6. 2001	Grünes Netzwerk-Meeting: "Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik"	Die Grünen BRD, Berlin gemeinsam mit R. Künast, F.W. Graefe z. Baringdorf, U. Höfken, u.a.
22.–24. 6. 2001	Symposium: "Welternährung durch Ökolandbau"	Humboldt-Universität, Berlin Diverse ReferentInnen
5. 8. 2001	Podiumsdiskussion: "Widerhall im Schafstall – Welche Landwirtschaft brauchen wir?"	Tauernlammgenossenschaft, Taxenbach, Salzburg
1.-2. 9. 2001	Workshop: "Neue Landwirtschaftspolitik"	Mit den Agrarsprechern aller Fraktionen Die Grünen BRD, Grüne Sommerakademie, Berlin
22. 9. 2001	Impulsreferat: "The Agricultural Sector in the Free Trade Zone of MERCOSUR and the (Enlarged) EU"	Auf Einladung von U. Höfken Österr. Lateinamerika-Institut, EU- Kommission, u.a., Wirtschaftskammer, Eisenstadt
5. 10. 2001	Referat und Diskussion: "Gesundes Essen ist BIO-logisch!"	Grüne OÖ, Grüne Hofkirchen
6. 10. 2001	Referat: "Gentechnikfreies Kärnten"	Landesversammlung der Grünen Kärnten, Klagenfurt
7. 11. 2001	Enquete: "WTO: Gefahr oder Chance für Umwelt, Entwicklung, Demokratie?"	Grüner Parlamentsklub, Parlament, Wien Diverse ReferentInnen
30. 11. 2001	Podiumsdiskussion: "What Agricultural Policy for an Enlarged EU?"	European Greens (12th EFGP – Coucil Meeting), Budapest Gemeinsam m. I. Verriest (B) u.a.

Datum	Art der Veranstaltung / Titel	Veranstalter / Ort
2002		
21.-22. 1. 2002	Grünes Netzwerk-Meeting: "Agricultural Policy – mid-term-review – GMO – regulations"	DEI Greng, Luxemburg gemeinsam mit I. Verriest, C. Gira, u.a.
25. 1. 2002	Vortrag: "Bio-Landwirtschaft – Eine Alternative?"	Grüne OÖ, Grüne Bezirk Braunau, Ortgruppe Wenig, OÖ.
1. 3. 2002	Vortrag: "Gesundes Essen ist BIO-logisch!"	Grüne OÖ, Grüne Bezirk Ried/Schärding, Schärding, OÖ. gemeinsam mit Erwin Klaffenböck
6. 3. 2002	Enquete: "Das Genmaisproblem. Möglichkeiten und Grenzen des Rechts in der Gentechnik"	Volksanwaltschaft, Wien ReferentInnen aller Fraktionen
15. 3. 2002	Vortrag und Diskussion: "Zukunft Bauer – EU-Erweiterung und die Folgen"	Grüne NÖ, Eschenau, NÖ. Gemeinsam mit Roman Liebhart (GBB)
24. 5. 2002	Eröffnung: Biohofmolkerei und Biohofladen der Familie Halbmayr & Ratzberger	St. Peter/Au., NÖ
6.-7. 6. 2002	EU-Workshop: "EU-Agricultural Convention – A rural future for the larger Europe"	Grüne d. Europaparlamentes, NGOs, Brüssel, Belgien
9. 6. 2002	Eröffnungsreferat: "Chancen für das Burgenland durch die Agrarreform und die EU-Erweiterung"	Landesversammlung Burgenland, Eisenstadt
18. 6. 2002	Impulsreferat: "Kapital.Macht.Markt. Sind Marktkräfte nachhaltig steuerbar?"	Fachhochschule Wieselburg, NÖ.
3. 7. 2002	Tagung: "Ökologische Herausforderungen an das OÖ. Jagdgesetz"	Grüne OÖ, GBB, Schlägl, OÖ. Gemeinsam mit Doris Eisenriegler
18.-20. 7. 2002	TAIEX-EU-Konferenz: "Die ländliche Entwicklung als strategischer Schlüssel für die Erweiterung der EU" – Konferenz für parlamentarische Entscheidungsträger der Beitrittskandidatenländer	EU-Kommission, BMLFUW, Alpbach, Tirol



7. März 2001: Lustiges Wahlkampf-Kochen im Gasthaus Konoba, 8. Bezirk
Salat: Wolfgang Pirkhuber



Grüne Antworten

→ → **Ich stehe für grüne Antworten auf zukünftige Herausforderungen:**

Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit werden in Zukunft nicht nur auf EU-Ebene, sondern verstärkt auch in Asien, in den USA und sogar in Afrika ein zentrales Thema sein. Bezeichnend war in diesem Zusammenhang die kürzliche Lieferung von gentechnisch-verändertem Mais als Hungerhilfe an einige afrikanische Staaten durch die USA, was zu massiven Protesten führte. Die Europäische Union spielt im Rahmen der WTO eine wichtige Rolle und wird maßgeblich mitbestimmen, ob die Zukunfts-Landwirtschaft in Richtung Gentechnik oder in Richtung Biolandbau sich entwickeln wird.

Österreich könnte durch eine flächendeckende Ökologisierung eine internationale Vorreiter-Rolle im Biolandbau einnehmen. Die Diskussion über die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (2000-2006) ist die Schlüssel-Debatte über die Zukunft unserer Lebensmittel in Europa. Daran müssen sich möglichst viele KonsumentInnen und BäuerInnen beteiligen, um einer ökologischen Agrarwende eine Chance zu eröffnen. Als Grün-Politiker, Agrarökologe und Biobauer möchte ich weiterhin einen wesentlichen Beitrag leisten, für diesen notwendigen Kurswechsel in Richtung Ausbau des Biolandbaus, Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und Erhaltung kleinbäuerlicher Betriebe.

Ich bin überzeugt, dass wir diesen Kurswechsel im Interesse unserer Lebensqualität und unserer Kinder als auch zur Milderung von Elend und Hunger in der Welt dringend benötigen.

Abg. z. NR DI Wolfgang Pirkhuber

Mehr Infos und Fotos unter:
www.bauern.gruene.at

Kontakt:
wolfgang.pirkhuber@gruene.at



DIE GRÜNEN

Impressum:

MI, V, HG:
DI Wolfgang Pirkhuber
Feyregg 39
A-4552 Wartberg
Eigenvervielfältigung
Layout: **agenturG+**